Stadt Bottrop
Sozialamt (50)

Bottrop, 11.04.2024

Öffentliche Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Familie am

Dienstag, 19.03.2024, 16:00 Uhr,

im großen Sitzungssaal des Rathauses, 46236 Bottrop

- Nr. 2 /2024 -

Anwesend unter dem Vorsitz von **Ratsherrn Matthias Buschfeld**:

ordentliche Mitglieder:

Bürgermeisterin Budke, Monika	CDU	
Ratsfrau Dr. Bunse, Antoinette	CDU	
Ratsfrau Dominas, Marianne	ödp	
Ratsfrau Dorow, Hajra	SPD	
Frau Haas, Silke	CDU	
Ratsfrau Jung, Margit	SPD	
Ratsfrau Kohmann, Anja	SPD	
Ratsherr Köllner, Roger	B`90/Grüne	
Ratsherr Rettkowski, Uwe	SPD	
Ratsfrau Schmitke, Evelin	B`90/Grüne	
Ratsherr Schulz, Guido	AfD	
Ratsfrau Steinmann, Ursula	CDU	
Herr Dr. Teutrine, Stefan	CDU	
Ratsherr van Geister, Daniel	SPD	

beratende Mitglieder:

Herr Böhm-Eichholz, Benedikt	DRK	ab 16:40 Uhr
Herr Escher, Alexander	Diakonie	
Frau Kavermann, Cornelia	PWV	
Herr Löbert, Gerhard	Selbsthilfe	
Frau Pfingsten, Jutta	Seniorenbeirat	

stellvertretende Mitglieder:

Frau Beusing, Bettina	Caritas
Herr Hausner, Marius	Die Linke (BOT.Sozial)
Herr Heinke, Mike	FDP
Ratsherr Kaufmann, Markus	SPD
Ratsfrau Kühn, Jessica	B`90/Grüne
Ratsherr Schneider, André	SPD
Schönebeck, Norma	Integrationsausschuss

Gäste:

Herr Becker, Rüdiger	Seniorenbeirat
Herr Balgar, Oliver	Diakonie
Herr Bartz, Andreas	CDU
Frau Lelgemann, Friederike	Selbsthilfe
Frau Multmeier, Andrea	PWV

Verwaltung:

Alexius-Eifert, Karen	Beigeordnete Bildung und Soziales
Blümling, Pia	Sozialamt (50)
Brunnhofer, Jochen	Stadtkämmerer
Dietz, Natascha	Stadtplanungsamt (61)
Fuchs, Carina	Fachbereich Personal und Organisation (10)
Große-Venhaus, Stefan	Fachbereich Finanzen (20)
Jesenek-Förster, Tanja	Jobcenter Arbeit für Bottrop
Laarmann, Johannes	Sozialamt (50)
Dr. Marga, Christian	Gesundheitsamt (53)
Risse, Sarah	Sozialamt (50)
Spörl, Lena	KIS
Zimmermann, Matthias	Sozialamt (50)
Ewers-Küther, Susanne	Schriftführerin Sozialamt (50)

Vorsitzender Ratsherr Buschfeld eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Familie um 16.00 Uhr. Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, Gäste und Verwaltung.
Der form- und fristgerechte Zugang der Tagesordnung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses werden festgestellt. Auch erklärt sich kein Ausschussmitglied für befangen.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht. Somit wird die folgende Tagesordnung angenommen

(Anmerkung: Aufgrund technischer Probleme mit dem Beamer wurde der ursprüngliche TOP 4 „Öffentlichkeitsarbeit Nahmobilität“ vorgezogen und als TOP 3 behandelt.)

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung:

TOP	Nr. der Drucksache	Inhalt
1		Niederschrift gemeinsame Sitzung mit Integrationsausschuss am 06.12.2023
2		Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Familie am 01.02.2024 - Nr. 1 /2024 -
3	2024/0009	Öffentlichkeitsarbeit Nahmobilität, hier: Durchgeführte Aktionen 2023 und geplante Aktionen 2024
4		Jobcenter Bottrop - Leistungsbilanz 2022/2023 und Arbeitsschwerpunkte 2024
5	2024/0092	Fonds zur Förderung der Stadtteilarbeit: Änderung der Antragsfristen
6	2024/0116	Haushalt 2024 hier: Beratung Haushaltssicherungskonzept (HSK) für das Gesundheitsamt
7	2024/0136	HSK Haushalt 2024 Sozialamt
8		Anfragen und Mitteilungen

A) Öffentliche Sitzung:

1	Zuständigkeit:

Niederschrift gemeinsame Sitzung mit Integrationsausschuss am 06.12.2023

Erläuterungen:

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht geltend gemacht.

2	Zuständigkeit:

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Familie am 01.02.2024 - Nr. 1 /2024 -

Erläuterungen:

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht geltend gemacht.

3	Drucksachennummer:	**2024/0009**
	Zuständigkeit:	**Kenntnisnahme**

Öffentlichkeitsarbeit Nahmobilität,
hier: Durchgeführte Aktionen 2023 und geplante Aktionen 2024

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
Die Durchführung der für das Jahr 2024 geplanten Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt der haushaltsrechtlichen Genehmigung.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

Erläuterungen:

Ratsherr Köllner erklärt, die Nahverkehrsmobilität sei ein Grundpfeiler grüner Politik. Er sei besorgt, dass das in Bottrop gestartete Projekt „Zu Fuß oder mit dem Rad zum Kindergarten“ im Zuge des Haushaltskonsolidierungskonzeptes entfallen könnte. Wünschenswert sei, dass das Projekt auch auf die Grundschulen ausgeweitet werde.

Ratsfrau Dominas betont, auch der ödp liege das Projekt am Herzen.

Vorsitzender Ratsherr Buschfeld stellt fest, das Thema Nahverkehrsmobilität sei von parteienübergreifendem Interesse.

Ratsfrau Dr. Bunse schließt sich dem an und stellt fest, die Bilder im ausgehändigten Flyer sollten die gesellschaftliche Vielfalt in Bottrop besser darstellen.

Ratsherr Köllner erklärt, er spreche keiner Partei das Interesse an Nahverkehrsmobilität ab, vermisse jedoch den politischen Willen zu einer durchgreifenden Verkehrswende, wie sie beispielsweise in den Niederlanden oder in Kopenhagen bereits vollzogen wurde.

Ratsherr Rettkowski fasst zusammen, dass in der Sache eine grundsätzliche Einigkeit des Ausschusses bestehe.

4	
	Zuständigkeit:

Jobcenter Bottrop - Leistungsbilanz 2022/2023 und Arbeitsschwerpunkte 2024

Vorsitzender Ratsherr Buschfeld begrüßt Frau Jesenek-Förster und erteilt ihr das Wort.

Frau Jesenek-Förster erläutert auf der Grundlage einer PowerPoint-Präsentation die aktuellen Zahlen des Bottroper Jobcenters (*Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt*).

Vorsitzender Ratsherr Buschfeld dankt Frau Jesenek-Förster. Anhand der Präsentation sei gut erkennbar, dass es in Bottrop besonders erfolgreich gelinge, Arbeitgeber und potentielle Bewerber zusammenzubringen.

Auf Nachfrage von **Sachkundigem Bürger Heinke** erklärt **Frau Jesenek-Förster**, die Zahl der Bezieher von Aufstockungsleistungen sei in Bottrop im Vergleich zu anderen Kommunen vergleichswiese gering, da zum einen eine bedarfsdeckende Integration gut gelinge, man bei den Leistungsempfängern zum anderen aber auch einen recht hohen Anteil von Ein-Personen-Haushalten vorfinde, die durch eine Arbeitsaufnahme schnell aus dem Bezug von Bürgergeld fallen. Hinzu komme, dass auch bei Vermittlung in Teilzeitbeschäftigung stets der sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit der Vorzug vor einem Minijob gegeben werde.
Leider seien die Mittel, die für Integrationsmaßnahmen durch die Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung gestellt werden, für das Jahr 2024 deutlich geringer ausgefallen als in den Vorjahren, was die Integrationsquote deutlich negativ beeinflussen werde.
In Beantwortung einer Frage von **sachkundigem Bürger Hausner** erklärt sie, der von ihr gewählte Vergleich mit den Nachbarkommunen Gelsenkirchen und Oberhausen sei neben der Nachbarschaft auch dadurch zustanden gekommen, dass beispielsweise die Stadt Gladbeck als Optionskommune mit Städten, die die Jobcenter als gemeinsame Einrichtungen von Kommune und Bund betreiben, nicht vergleichbar sei. Sie weist außerdem darauf hin, dass aufgrund von höheren Regelsätzen und aufgrund von sogenannten „Vertrauenszeiten“ mehr Menschen Anspruch auf Bürgergeld hätten als zuvor auf das Arbeitslosengeld II.

Ratsfrau Dr. Bunse erkundigt sich nach den Integrationskursen. **Frau Jesenek-Förster** erklärt, hier gebe es neben Raumproblemen, die man jedoch beheben konnte, einen Mangel an Lehrkräften.
Beigeordnete Alexius-Eifert ergänzt, der Bund mache strenge Auflagen für die Einrichtung von Unterrichtsräumen für Integrationskurse.

Auf Nachfrage von **Ratsfrau Dominas** erläutert Frau Jesenek-Förster, die Wartezeit für Deutschkurse betrage zur Zeit etwa 25 Wochen. Die Integrationsquote bei Männern sei zudem höher als bei Frauen, da diese häufiger durch die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen zuhause bleiben.

Vorsitzender Ratsherr Buschfeld dankt Frau Jesenek-Förster für den Vortrag und die Erklärungen.

5	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	**2024/0092** **Kenntnisnahme**

Fonds zur Förderung der Stadtteilarbeit: Änderung der Antragsfristen

Beschluss:

Die Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Familie nimmt Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

Erläuterungen:

Frau Spörl erläutert auf Nachfrage von **Ratsfrau Dr. Bunse**, die Änderung der Antragsfristen führe zu mehr Flexibilität und erleichtere damit die Verteilung der Mittel.

6	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	**2024/0116** **Vorberatung**

Haushalt 2024
hier: Beratung Haushaltssicherungskonzept (HSK) für das Gesundheitsamt

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt den in der Anlage befindlichen Konsolidierungsmaßnahmen einschließlich beschlossener Änderungen und Ergänzungen zu.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen bei Enthaltungen

dafür: 16 (8 SPD, 5 CDU, 1 AfD, 1 ödp, 1 FDP)

dagegen: 0

Enthaltungen: 4 (3 Grüne, 1 Die Linke/BOT.Sozial)

Erläuterungen:

Vorsitzender Ratsherr Buschfeld verliest die einzelnen in der Anlage enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen für den Bereich des Gesundheitsamtes.

Zu Punkt 2 – Personalreduzierung Infektionsschutz:

Ratsfrau Dominas erklärt, bezüglich der vorgesehenen Reduzierungen beim Personal müsse sich die Politik auf die Verwaltung und deren Einschätzungen zum Personalbedarf verlassen.

Ratsherr Rettkowski stellt fest, dass eine Aufgabe der Politik auch die Kontrolle der Verwaltung sei. Im Falle der nötigen Einsparungen sei es wichtig, die richtigen Stellschrauben, auch im Personalbereich, zu finden. Dies gelte gleichermaßen für den Haushalt des Gesundheitsamtes und des Sozialamtes.

Ratsherr Köllner teilt mit, dass sich seine Fraktion bei der Abstimmung enthalten werde. Gleiches gelte für das HSK für das Sozialamt.

Vorsitzender Ratsherr Buschfeld lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

7	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	**2024/0136** **Vorberatung**

HSK Haushalt 2024 Sozialamt

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt den in der Anlage befindlichen Konsolidierungsmaßnahmen einschließlich beschlossener Änderungen und Ergänzungen zu.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich angenommen

dafür: 16 (8 SPD, 5 CDU, 1 AfD, 1 ödp, 1 FDP)

dagegen: 1 (Die Linke/BOT.Sozial)

Enthaltungen: 3 (Grüne)

Erläuterungen:

Antrag der Linken/BOT.Sozial auf Auflösung des Dezernates V, Umstrukturierung und Verzicht auf einzelne HSK-Maßnahmen (der Antrag ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt).

Vorsitzender Ratsherr Buschfeld erteilt sachkundigem Bürger Hausner das Wort.

Sachkundiger Bürger Hausner verliest und begründet den Antrag seiner Ratsgruppe.

Vorsitzender Ratsherr Buschfeld widerspricht den mit dem Antrag vorgebrachten Schilderungen der Situation ausdrücklich. Die Zusammenlegung der Bereiche innerhalb des neuen Dezernates sei außerordentlich erfolgreich, was ausdrücklich auch in der Person Karen Alexius-Eifert begründet liege. Hinzu kämen große Synergieeffekte und eine deutlich verbesserte Zusammenarbeit und ein Zusammenhalt innerhalb der Trägerstruktur in Bottrop. Hierfür dankt er Beigeordneter Alexius-Eifert.

Er lässt sodann über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt.

dafür: 1 (Die Linke/BOT.Sozial)

dagegen: 19 (8 SPD, 5 CDU, 3 Grüne, 1 AfD, 1 ödp, 1 FDP)

Enthaltungen: 0

Vorsitzender Ratsherr Buschfeld verliest die einzelnen in der Anlage enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen für den Bereich des Sozialamtes:

Zu Punkt 1 - Standardreduzierung ASD:

Ratsherr Köllner erkundigt sich, ob die Arbeitsbelastung für die verbleibenden Mitarbeiter im Bereich des Allgemeinen Sozialen Dienstes nach Einsparung einer Stelle nicht zu groß werde.

Beigeordnete Alexius-Eifert erklärt, der ASD sei im Zuge des hohen Flüchtlingsaufkommens in den Jahren 2015/2016 stellenmäßig aufgestockt worden. Mittlerweile gebe es im Bereich des Kommunalen Eingliederungsmanagements weitere tragfähige Strukturen, die eine Aufgabe der Stelle möglich und vertretbar machen. Hinzu komme, dass die Stadt Bottrop für das Kommunale Eingliederungsmanagement eine Landesförderung erhalte.

Zu Punkt 2 - Standardreduzierung Behinderten- und Begegnungsmaßnahmen:

Beigeordnete Alexius-Eifert erklärt, im Jahr 2028 werde sich aus der Änderung des SGB VIII, das zukünftig die Zuständigkeiten für Aufgaben der Inklusion bei den Jugendämtern verortet, eine neue Zuordnung des Bereiches „Behinderten- und Begegnungsmaßnahmen ergeben. Hier müsste dann für den Bereich des Jugendamtes rechtzeitig über Stellenbemessungen nachgedacht werden.

Zu Punkten 3, 4 und 5 –Standardreduzierung Grundsicherung, Hilfe zur Pflege und Unterhaltsvorschuss:

Ratsfrau Dominas stellt fest, diese Einsparungen beträfen Bereiche, in denen die Fallzahlen steigend seien. Sie regt an, eine Erhebung der Wartezeiten vorzunehmen und nach einem Jahr zu evaluieren. Es sei wichtig, hier die Entwicklung im Auge zu behalten.

Frau Blümling erklärt, man sei sich dessen bewusst. Die Wartezeiten seien zur Zeit in Ordnung, jedoch werden diese beobachtet und insbesondere ab dem Moment, in dem der Wegfall der Stellen greife, nachgehalten. Über das Ergebnis werde zu gegebener Zeit im Ausschuss berichtet.

Ratsherr Rettkowski ergänzt, er gehe fest davon aus, dass auch der Personalrat der Stadtverwaltung ein Auge auf die Arbeitssituation der Beschäftigten haben werde.

Vorsitzender Ratsherr Buschfeld bestätigt dies.

Zu Punkt 7 – Aufgabe Brauhaus als Flüchtlingsunterkunft:

Beigeordnete Alexius-Eifert erläutert auf Nachfrage von **Ratsherrn Köllner,** die Situation bei der Unterbringung von Flüchtlingen sei momentan, auch dank der Beschlüsse dieses Ausschusses, etwas entspannter. Man betrachte die Situation jedoch weiterhin mit der nötigen Vorsicht.
Die Unterbringungsmöglichkeit im ehemaligen Brauhaus-Hotel sei mit knapp 60 Plätzen eher klein, jedoch vergleichsweise unwirtschaftlich. Da es hier für die untergebrachten Menschen keine Kochmöglichkeit gebe, müsse ein Catering für das Mittagessen erfolgen. Vor dem Hintergrund, dass es im Moment ausreichend Plätze in den anderen Unterkünften gebe, mache die Aufgabe dieses Standortes Sinn.

Zu Punkt 8 – Verzicht auf psychosoziale Beratung für U25-Jährige:

Ratsfrau Dr. Bunse wünscht sich zu gegebener Zeit einen Bericht über die noch existierenden Beratungsangebote.

Ratsfrau Kühn schließt sich dem an. Wichtig sei zudem, dass die betroffenen Menschen erreicht und auf die Angebote aufmerksam gemacht werden.

Vorsitzender Ratsherr Buschfeld lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

8	
	Zuständigkeit:

Anfragen und Mitteilungen

Frau Blümling erläutert zum Thema „Bezahlkarte für Asylbewerber und Flüchtlinge“, dass das Land NRW sich an der Ausschreibung der Leistung beteiligt habe. Die Ausschreibung laufe, jedoch sei noch offen, wer am Ende für die Kosten aufkommen müsse und auch, ob die Kommunen freiwillig oder pflichtig an diesem System teilnehmen werden.

Vorsitzender Ratsherr Buschfeld bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Familie um 17.22 Uhr

.

(Matthias Buschfeld)	(Susanne Ewers-Küther)
Vorsitzender	Schriftführerin

Der Arbeitsmarkt in Bottrop

Beschäftigung in Bottrop

Beschäftigung in Bottrop

Zeitreihe zum Bestand Beschäftigte und erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) (Stand Juni 2023)

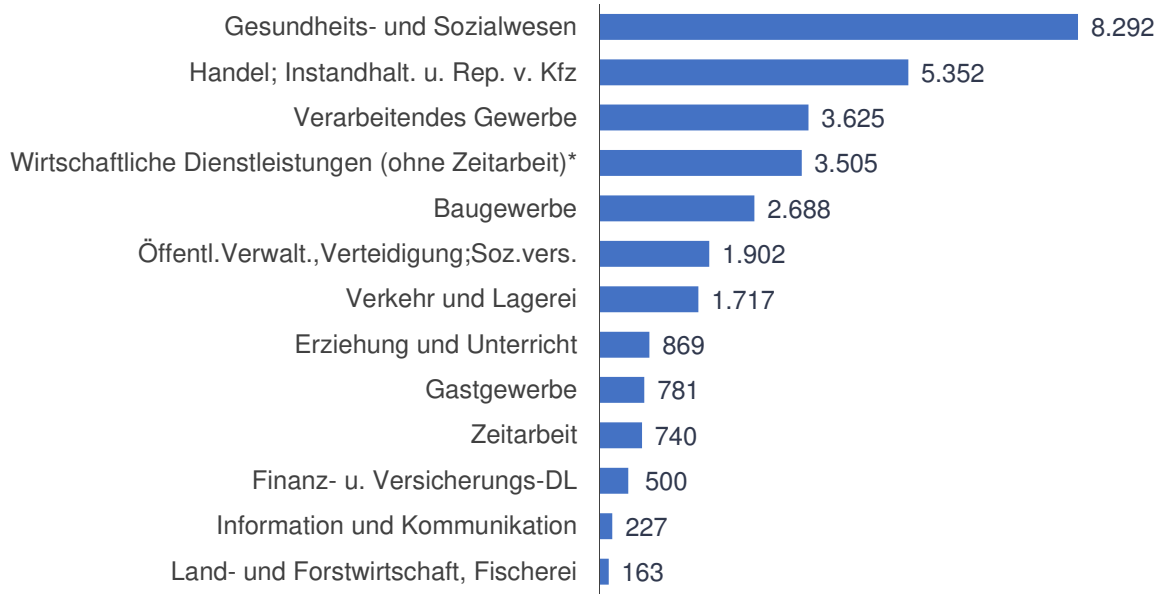
Region	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte		ausschließlich geringfügig Beschäftigte	
	Insgesamt [1)]	Anteil erwerbstätiger ELB an allen Beschäftigten in %	Insgesamt [1)]	Anteil erwerbstätiger ELB an allen Beschäftigten in %
Stand Juni 2023				
Bottrop, Stadt	43.659	1,4	5.490	10,9
Oberhausen, Stadt	76.834	1,9	9.392	16,1
Gelsenkirchen, Stadt	89.921	3,5	11.893	18,7
Stand Juni 2022				
Bottrop, Stadt	43.491	1,6	5.617	9,4
Oberhausen, Stadt	76.762	2,3	9.374	15,6
Gelsenkirchen, Stadt	88.372	3,6	11.785	18,2
Stand Juni 2021				
Bottrop, Stadt	42.556	2	5.726	9,3
Oberhausen, Stadt	75.358	2,3	9.447	14,7
Gelsenkirchen, Stadt	86.204	3,8	11.645	17,9

[1]) Beschäftige im Alter von 15 bis Regelaltersgrenze nach Wohnort in Deutschland.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte - Deutschland, West/Ost, Länder und Kreise (Monats- und Jahreszahlen)

Beschäftigung am Arbeitsort

Bestand der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in ausgewählten Wirtschaftszweigen zum Stichtag 30.06.2023



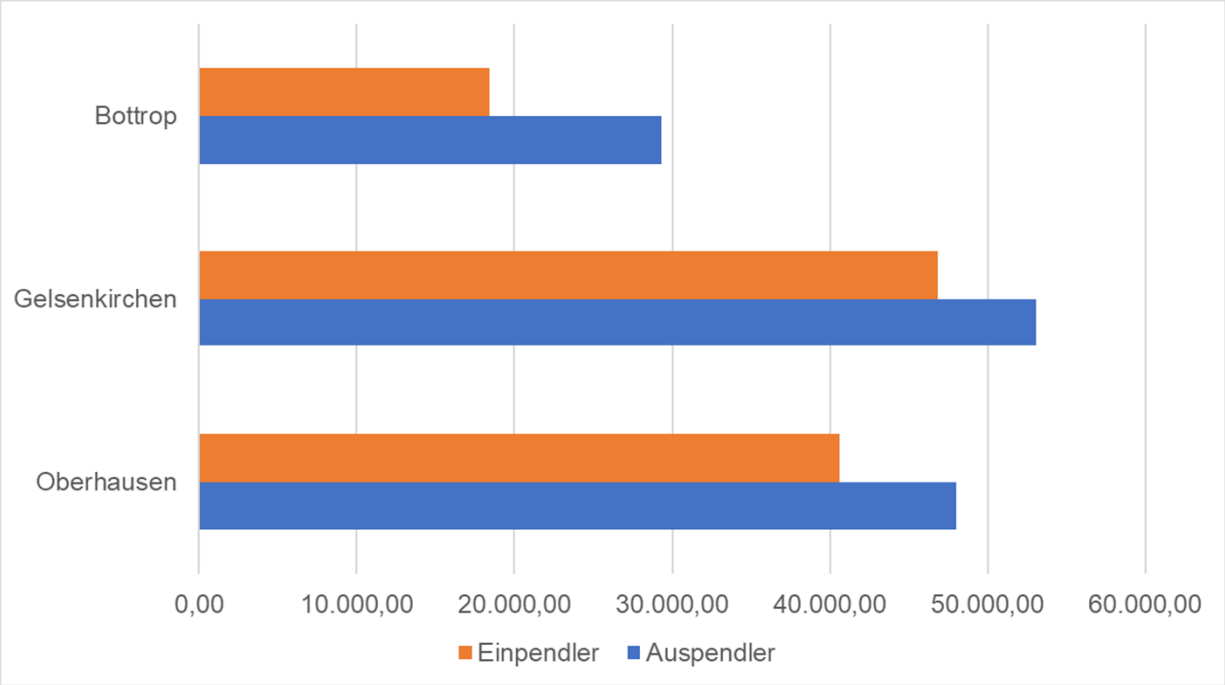
* z. B. Rechts-, Unternehmens-, Steuerberatung; Werbeagenturen, Reisebüros; Wach-, Sicherheits- und Reinigungsdienste (Wirtschaftszweige L,M,N)

Hinweis: falls bei einem Wirtschaftszweig „0“ angezeigt wird, tritt die Dominanzregelung in Kraft.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Kreispräsentation Februar 2024.

Beschäftigung am Arbeitsort

Pendlerverflechtungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zum Stichtag 30.06.2023



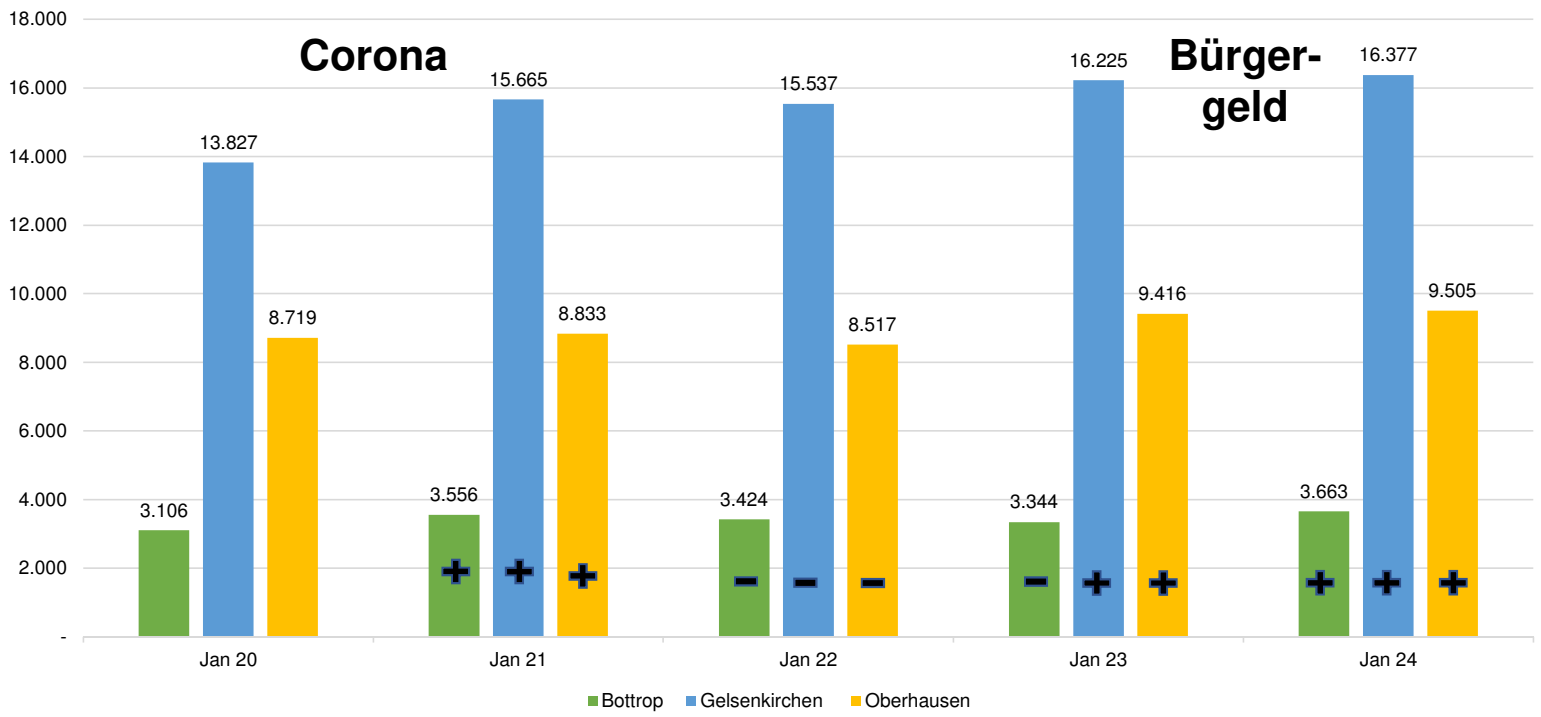
	Auspendler	Einpendler
Bottrop	29.317,00	18.402,00
Gelsenkirchen	53.099,00	46.869,00
Oberhausen	48.005,00	40.621,00

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Pendlerverflechtungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Kreisen

Arbeitslosigkeit in Bottrop

Arbeitslosigkeit

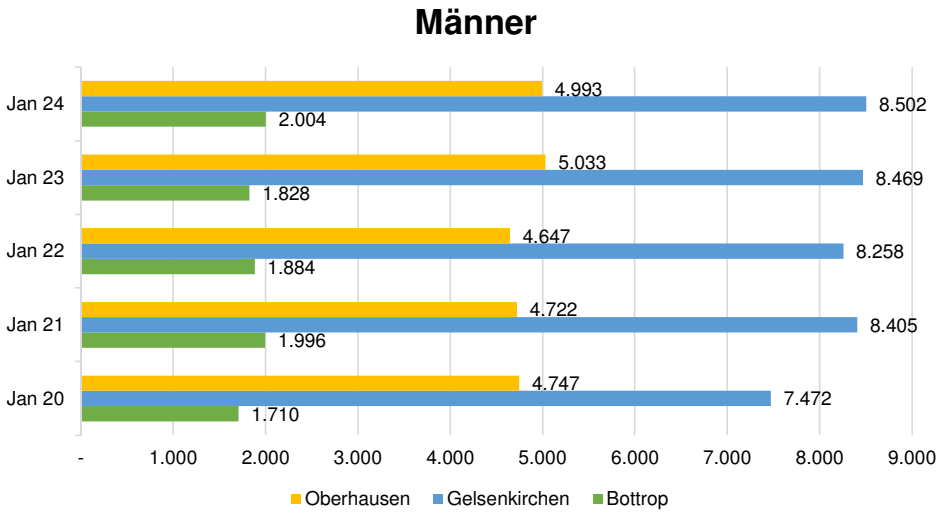
Zeitreihe zum Bestand an Arbeitslosen (SGB II)

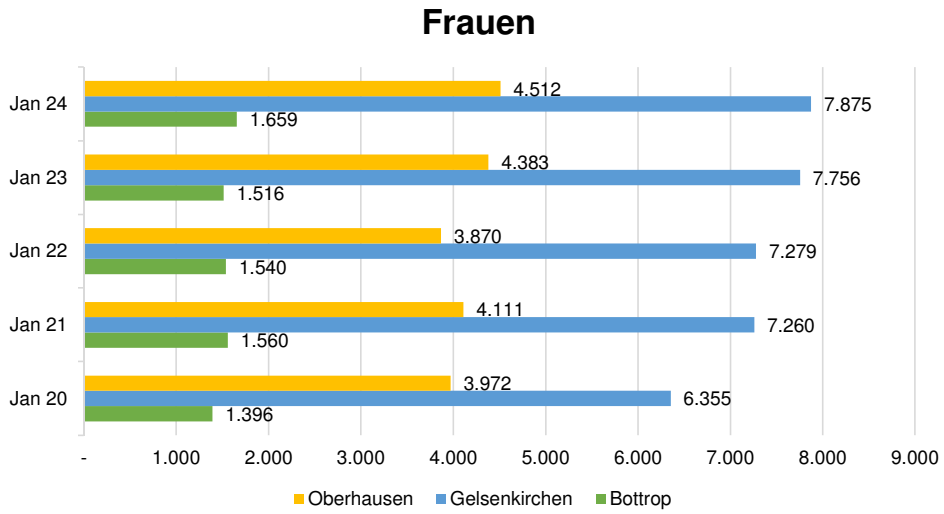


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Eckwerte für Jobcenter - Jobcenter (Monatszahlen)

Arbeitslosigkeit

Aufteilung nach Merkmalen



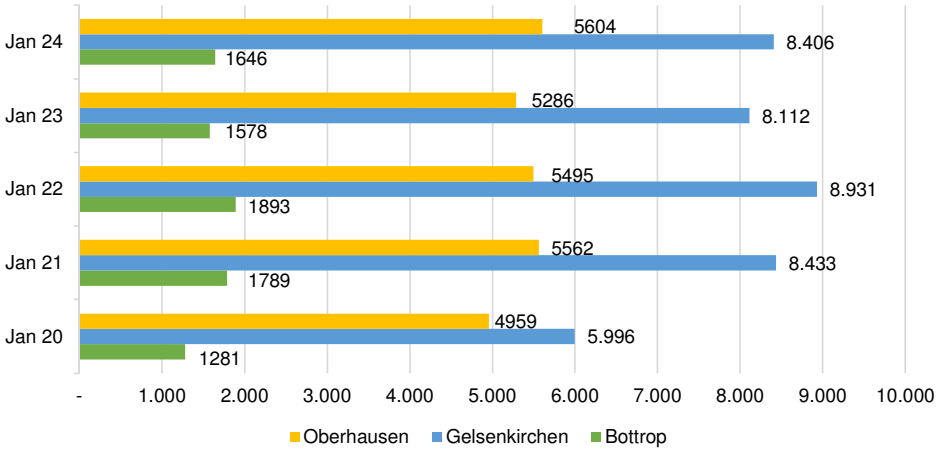


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Eckwerte für Jobcenter - Jobcenter (Monatszahlen)

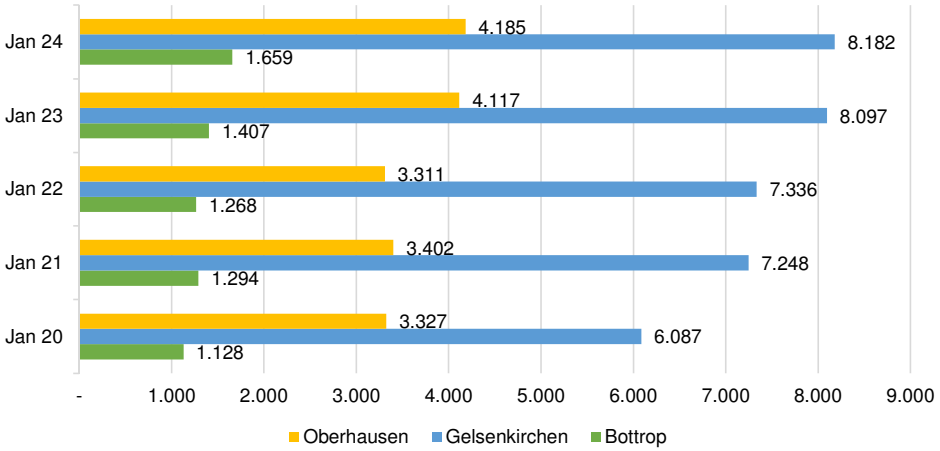
Arbeitslosigkeit

Aufteilung nach Merkmalen

Langzeitarbeitslose



Ausländer

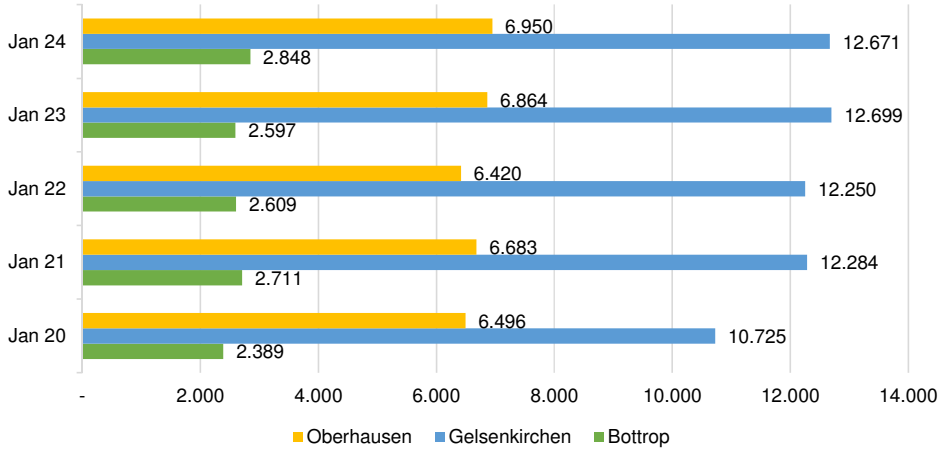


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Eckwerte für Jobcenter - Jobcenter (Monatszahlen)

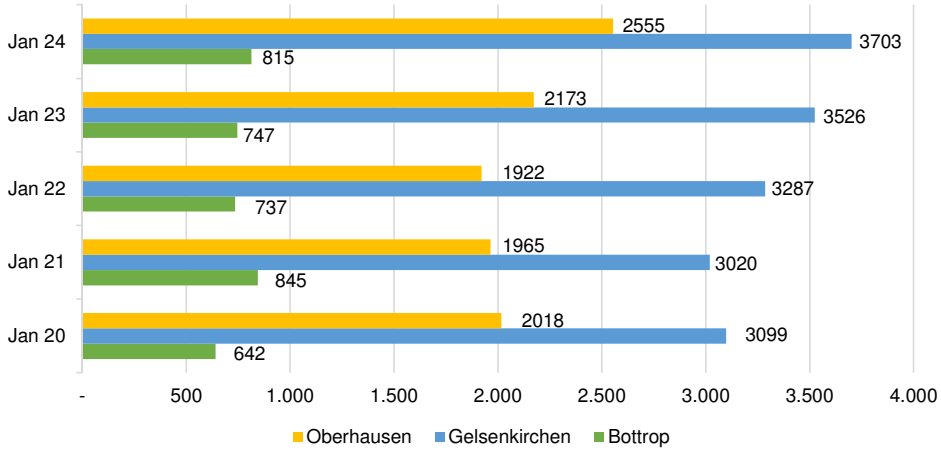
Arbeitslosigkeit

Aufteilung nach Merkmalen

Ohne Berufsausbildung



Mit Ausbildung / Studium



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Eckwerte für Jobcenter - Jobcenter (Monatszahlen)

Entwicklung des Leistungsbezuges

Leistungsbezug

Zeitreihe zum Bestand an Bedarfsgemeinschaften

	Jan 20	Jan 21	Jan 22	Jan 23	Jan 24
Bedarfsgemeinschaften (BG)	5.776	5.737	5.430	5.340	5.520
Personen in Bedarfsgemeinschaften (PERS)	11.915	11.746	11.189	10.959	11.411
dav. erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB)	8.039	7.996	7.584	7.401	7.758
Ausländer	2.942	2.988	2.883	3.062	3384 (Stand 11/2023)

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Eckwerte für Jobcenter - Jobcenter (Monatszahlen)

Haushalt 2024

Haushalt 2024			
	Globalbudget	**Eingliederungsleistungen**	**Verwaltungskosten**
2023	21.146.580 €	9.914.437 €	11.232.143 €
2024 (Stand 01/2024)	19.861.363 €	8.165.749 €	11.695.614 €
Vergleich zu 2023	-1.285.217 €	-1.748.688 €	463.471 €

Integrationsquote

Gesamt – Frauen – Männer

	Geschlecht	Jahr-Monat	2020	2021	2022	2023
Bottrop	Alle	Anzahl Integrationen	1.515	1.769	1.665	1.403
	männlich	Anzahl Integrationen	1.034	1.219	1.082	902
	w eiblich	Anzahl Integrationen	481	550	583	501
Gelsenkirchen	Alle	Anzahl Integrationen	5.722	6.745	6.983	6.392
	männlich	Anzahl Integrationen	4.013	4.740	4.834	4.431
	w eiblich	Anzahl Integrationen	1.709	2.005	2.149	1.961
Oberhausen	Alle	Anzahl Integrationen	3.072	3.574	3.550	2.974
	männlich	Anzahl Integrationen	1.956	2.252	2.236	1.936
	w eiblich	Anzahl Integrationen	1.116	1.322	1.314	1.038

Quelle: Cockpit. Stand Februar 2024. Eigene Darstellung

Zentrale Arbeitsschwerpunkte in der Grundsicherung 2024

- Schnelle Sicherung des Lebensunterhaltes, frühzeitige Beratung, Aktivierung, Förderung und Initiierung eines Integrationsprozesses.
- Qualifizierung unserer Kund*innen fördern: Deckung der Qualifizierungsbedarfe insbes. durch ao-FbW (Teilqualifizierungen und Umschulungen) und (wo möglich) durch Beschäftigtenförderung.
- Langzeitarbeitslosigkeit überwinden und Langzeitleistungsbezug beenden.
- Jugendlichen und jungen Erwachsenen Berufsabschlüsse ermöglichen.
- Frauen und Männer gleichberechtigt an Förderung und Integration beteiligen.
- Menschen mit Flucht-/ Migrationshintergrund frühzeitig durch Qualifizierung, Ausbildung und Beschäftigung integrieren → **Job-Turbo.**
- Erfolgreiche Umsetzung der Leitsätze und Bestimmungen zum Bürgergeld.
- Im Rahmen der Sozialen Teilhabe: Chancen schaffen und Übergänge in den 1. Arbeitsmarkt realisieren.

Quelle: Cockpit. Stand Februar 2024. Eigene Darstellung

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltssicherungskonzept / Entwurf

					Konsolidierungsvolumen			Umsetzung
Maßn.-Nr.	Dezernat	Produkt	Produktbezeichnung	Maßnahme	Ertrag / €	Aufwand / €	Stellen	Jahr
1	2	3	4	5	6	7	8	9
050103_1	V	05 01 03	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	Amt 50 - Standardreduzierung ASD	-	59.000	1,0	2027
050103_2	V	05 01 03	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	Amt 50 - Standardreduzierung Behinderten- und Begegnungsmaßnahmen	-	33.700	0,5	2028
050201_1	V	05 02 01	Leistungen nach dem SGB XII	Amt 50 - Standardreduzierung Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt	-	40.700	0,8	2024
050201_2	V	05 02 01	Leistungen nach dem SGB XII	Amt 50 - Standardreduzierung Hilfe zur Pflege	-	47.100	0,5	2033
050202_2	V	05 02 02	Leistungen nach dem UVG	Amt 50 - Standardreduzierung Unterhaltsvorschuss	-	72.500	1,0	2030
050204_1	V	05 02 04	Durchführung Asylbewerber-leistungsgesetz	Amt 50 - Standardreduzierung Inklusionsplanung, Koordinierung Hilfsangebote	-	73.900	1,0	2030
050204_2	V	05 02 04	Durchführung Asylbewerber-leistungsgesetz	Aufgabe Brauhaus als Flüchtlingsunterkunft	-	30.000	-	2025
050205_1	V	05 02 05	Leistungen nach dem SGB II	Verzicht auf psychosoziale Beratung für U25-jährige	-	35.000	-	2024
070101_1	II	07 01 01	Gesundheitsschutz und -hilfe	Kündigung Honorarverträge	-	25.000	-	2025
070101_2	II	07 01 01	Gesundheitsschutz und -hilfe	Amt 53 - Personalreduzierung Infektionsschutz	-	38.400	1,0	2025
070101_3	II	07 01 01	Gesundheitsschutz und -hilfe	Amt 53 - Personalreduzierung Verwaltung	-	61.900	1,0	2026
070101_4	II	07 01 01	Gesundheitsschutz und -hilfe	Amt 53 - Personalreduzierung Krisenmanagement	-	107.300	2,0	2027
100401_1	V	10 04 01	Hilfen bei Wohnproblemen	Gebührenanpassung Flüchtlingsunterkünfte	50.000	-	-	2025

BOT.SOZIAL
Bottroper Sozialistinnen und Sozialisten
Gruppe im Rat der Stadt Bottrop

Ratsgruppe BOT.Sozial
Brauerstraße 41
46236 Bottrop
ratsgruppe@bottrop-sozial.de

Niels Holger Schmidt
Ratsgruppensprecher

Herrn Oberbürgermeister
Bernd Tischler

Herrn Ausschussvorsitzenden
Matthias Buschfeld

An die Fraktionen und Gruppen
des Rates der Stadt Bottrop

Bottrop, den 18.03.2024

Antrag zum HSK
zur Beratung im
- Schulausschuss am 14.03.2024 (mündlich eingebracht)
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Familie am 19.03.2024 (TOP A 7)
- Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss am 16.04.2024
- Rat der Stadt am 30.04.2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Ratsgruppe BOT.Sozial (bisher “DIE LINKE”) beantragt, wie folgt zu beschließen:

1.) Das Dezernat V wird mit Ablauf der Wahlperiode der Dezernentin aufgelöst. Der vorherige Zustand mit vier Dezernaten wird wiederhergestellt.

2.) Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Umstrukturierung notwendigen Beschlüsse (z.B. Änderung der Hauptsatzung) entsprechend vorzubereiten.

3.) Die Einsparpotenziale (Personalkosten, Sachkosten, alle sonstigen Aufwendungen) sind durch die Verwaltung konkret zu beziffern und werden in das HSK aufgenommen. Auf die Maßnahmen 030201_1 (Auflösung Kommunale Koordinierung Übergang Schule und Beruf) sowie ggf. auch 050103_1 (Standardreduzierung ASD) wird im Gegenzug verzichtet.

Begründung:

Am 23.11.2021 hat der Rat der Stadt entschieden, ein fünftes Dezernat einzuführen und ab 2022 eine vierte Beigeordnete zu wählen. Allein die jährlichen Personalkosten inkl. Vorzimmer für das Dezernat V betragen 214.700 € (vgl. Vorlage 2021/0498).
Zur Begründung führte die Verwaltung seinerzeit aus: “Bottrop für die Zukunft aufzustellen, heißt auch dafür Sorge zu tragen, dass die Stadt Bottrop ihrem sozialen Auftrag bestmöglich nachkommt und in einer immer mehr auf Wissen, Kompetenz und Qualifizierung basierenden Gesellschaft Bildungschancen und Teilhabe allen Bottroper Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen kann. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, sollen in einem neu zu schaffenden Dezernat V - Bildung und Soziales - diese Aufgaben gebündelt werden.”
Dieser Argumentation ist der Rat gefolgt in der Hoffnung, dass durch ein Mitglied im Verwaltungsvorstand, das sich vordringlich für die Belange des Sozialen und der Schulen einsetzt, sich in diesen Bereichen deutliche Verbesserungen ergeben.

Stattdessen aber präsentiert die 2022 für 8 Jahre gewählte Sozial- und Schuldezernentin dem Rat der Stadt Kürzungsvorschläge für ihre Fachbereiche, ohne dabei auch nur im Geringsten auf mögliche Folgen für den sozialen Zusammenhalt unserer Stadt einzugehen. Was wir nicht brauchen, ist ein Verwaltungsvorstand, der aus fünf Kämmerinnen und Kämmerern besteht, die alle für ihre jeweiligen Bereiche zum Rotstift mahnen. Sondern wir erwarten einen kompetenten und entschlossenen Einsatz für die Belange der jeweiligen Fachbereiche, der auch in Zeiten schwieriger Haushaltslagen im Vordergrund stehen muss. Dies ist im Dezernat V offensichtlich nicht der Fall.

So soll das Dezernat dazu beitragen, dem sozialen Auftrag der Stadt “bestmöglich nachzukommen”. Tatsächlich empfiehlt die Dezernentin Streichungen z.B. beim ASD. Außerdem sollte das fünfte Dezernat “Bildungschancen ermöglichen”. Tatsächlich empfiehlt die Dezernentin u.a. die Auflösung der kommunalen Koordinierung Übergang Schule und Beruf. Letzteres könnte durch Wegfall der Personalkosten für die vierte Beigeordnete gegenfinanziert werden. Je nach Höhe der Sachkosten und sonstigen Aufwendungen, die durch das zusätzliche Dezernat entstehen, deren Gesamtheit für Ehrenamtliche nicht exakt dem Haushaltsplan zu entnehmen ist, könnte auch die geplante Stellenstreichung beim ASD damit kompensiert werden. In diesen Bereichen ist das Geld prioritär gebraucht und auch deutlich besser aufgehoben für die soziale Entwicklung unserer Stadt. Ein Dezernat, das auf der einen Seite Konferenzen zu Problemen mit Ausbildungsfindung oder Jugendgewalt abhält, auf der anderen Seite an den jeweiligen Gegenmaßnahmen sparen will, braucht Bottrop nicht.

Zur Einbringung wird in den beratenden Gremien das Wort gewünscht.

Mit freundlichen Grüßen

Niels Holger Schmidt	Sven Hermens	Marius Hausner
Ratsgruppensprecher	Ratsherr	sachkundiger Bürger